

Wirtschaftliche



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurzzettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag Ulstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (in Absen d. Mandelsteln): Carl Misch, Berlin. Unverf. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schreibleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ulstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3604, für den Parawerker Amt Dönhofs 3606-3608. Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postschekkonto Berlin 606.

Bahn frei im Reichstag

Schlussabstimmung nächste Woche

Am 6. Juli von heute in vier Monaten, soll die übliche Beratung des Rheinlandes durch große Volksversammlungen geleitet werden. Man hat jetzt einige Schwierigkeiten dafür, daß dieser Zeitpunkt auch wird eingehalten werden können. Für die Young-Verträge, mit denen wir uns die vollständige Befreiung der Rheinlande erlangen wollen, ist jetzt die parlamentarische Bahn freigegeben.

Der Ausschuss beginnt die zweite Beratung, die nach den Beratungen im Reichsausschuß in drei Sitzungen beendet sein soll. Am Montag werden die (zum großen Teil namentlichen) Abstimmungen durchgeführt werden und am Tage darauf wird der Reichstag in die dritte Beratung eintreten. Die Schlussabstimmungen werden in der Mitte der kommenden Woche erfolgen können.

Der Ausschuss der „Neuen Pläne“ durch das Deutsche Reich wird kein Hindernis im Wege liegen. Der Abtransport der Besatzungstruppen aus der dritten Zone wird innerhalb des schließlichen Termins durchgeführt und spätestens bis zum 30. Juni beendet sein. In diesem Zuge werden wir

folgen können, daß das Rheinland wieder völlig zum Deutschen Reich gehört.

Selbst das Kabinett einig geworden ist, heißt man das Gut- und Steuerprogramm fest, haben die Fraktionen das Wort. Da man weiß, mit welcher Hilfe das Kompromiß im Kabinett zustandegekommen ist, kann man sich nicht wundern, daß kaum eine der Koalitionsparteien mit dem Ergebnis nicht zufrieden ist. In der sozialdemokratischen Fraktion sind jetzt starke Bedenken geäußert worden. Die Regelung der Steuerfragen wird vielfach als völlig unbedenklich bezeichnet und die Forderung auf eine Steuererleichterung im Jahre 1931 als „geradezu lediglich“. Aber der „Vorwärts“, der diesen Stimmungsbericht mittelt, macht keinen Hehl daraus, daß die Einführung des Young-Plans eine Einführung der deutschen Wirtschaft wäre, und daß „die Politik nicht verantwortet werden könnte, die den Young-Plan in Gefahr bringt, im Strauß innerparteilicher Streitigkeiten zu versinken“. Klagt das sozialdemokratische Parteigebiet so in Wall-Ähren, heißt es die „Deutsche Zeitung“ hinaus: „Die Sozialdemokratie hat geliegt!“ Die Wahrheit liegt, wie wohl in der Welt. Aber es wird noch einige Tage dauern, bis die Fraktionen so weit sind, daß sie sich mit dem Finanzprogramm nicht nur abfinden, sondern auch bereit sind, ausdrücklich das Recht zu gewähren.

Der Steuermann

„Nun, da es vorüber ist, darf man es wohl ansprechen, ohne als parlamentarischer Defizitist, als Beobachter der Parteienwirklichkeit und finanzpolitischen Schlampelei zu gelten: Ist es denn wirklich so verwerflich, wenn über eine Finanzvorlage von einer halben bis dreierlei Milliarde Mark vierzehntägige Tage eine erregte Auseinandersetzung zwischen den Koalitionsparteien stattfindet? Hat man nicht selbst im alten Großdeutschesamt um viel kleinere Finanzangelegenheiten und Jahreslagen gekämpft? Hier lassen die parlamentarische Demokratie nicht so auf, daß das Parlament regiert und die Regierung ohnmächtig ist. Aber wir wünschen auch nicht, daß der Finanzminister selbstherrlich in den Wolken thronet und sich nur dann und wann, zum Siege oder Sterben bereit, dem Parlament stellt. Das man mit dieser autoritären

Tirpitz 4

München, 6. März / Ulstein-Nachrichtendienst

Gesamtmittel Alfred von Tirpitz, der langjährige Staatssekretär des Reichsmarineamtes und frühere Reichsmarine-Abgeordnete ist Donnerstag früh 7 Uhr im Sanatorium Ebenhausen bei München einer Herzlähmung erlegen. Er fand unmittelbar vor Vollendung des 81. Lebensjahres. (Siehe auch zweite Seite)

In Berlin wird gearbeitet

Die Aktion, die die Kommunistische Partei für den heutigen 6. März vorbereitet, scheint, soweit es sich bisher übersehen läßt, nicht nur in Berlin, sondern überall im Reich und auch im Ausland geübt zu sein.

Die Berliner Schutzpolizei befindet sich bereits seit gestern in erhöhtem Alarmzustand. Einige hundert Patrouillen durchkämmen fortgesetzt die verschiedenen Stadtteile. Große Zusammenkünfte erfolgen in der Umgebung der Arbeitsnachweise, wo nach den Anweisungen der Kommunistischen Partei die Erwerbslosen demonstrieren sollten. Um die Mittagszeit zerstreute die Polizei vor dem Arbeitsamt Berlin-Mitte in der Goornannstraße eine mehrhundertköpfige Demonstration. Hierbei kam es zu Zusammenstößen: einige Demonstranten ließen sich zur Wehr und warfen mit Steinen, so daß die Polizei von dem Gummistückel Gebrauch

machen mußte. Sie besetzte schließlich die Räumlichkeiten des Arbeitsnachweises und sperrte die Zugangstraßen ab. Auch am Potsdamer Platz kam es zu Zusammenstößen, bei denen mit dem Gummistückel vorgegangen wurde.

In den Groß-Berliner Bezirken, in denen die Kommunisten in den letzten Wochen ein bedeutendes Gewicht erlangt, herrscht vollkommene Ruhe. In keinem größeren Betriebe wird gestreikt, lediglich in einigen wenigen von ganz kleinen Firmen des Handels sind kommunistische Arbeiter heute nicht zur Arbeit erschienen.

In diesem Zusammenhang gewinnen die gestrigen Betriebsratswahlen in den Berliner Elektrizitätswerken (Bewag) besondere Interesse. Die Kommunisten erlitten eine schwere Niederlage: sie konnten auf ihrer Liste nur 204 Stimmen vereinen gegen 3600 Stimmen der Gewerkschaften.

Polenvertrag fertiggestellt

Warschau, 6. März / Ulstein-Nachrichtendienst

Nach mehr als fünfjährigen Verhandlungen ist der deutsch-polnische Handelsvertrag jetzt endlich fertiggestellt worden. Die letzten, nicht mehr sehr bedeutenden Streitigkeiten sind bereits vorgerichtet überwunden, die letzte noch verbleibende positive Formulierung im Text gestern vereinbart worden. Die Unterhändler haben damit ihre Arbeit beendet. Die formelle Unterzeichnung dürfte aber erst nächste Woche erfolgen, da der Handelsminister sich heute mit dem letzten Vertragsdokument, das recht unangenehm geworden ist, jenseits der letzten Freigierhaltung noch einmal nach Berlin begibt. Der Wortlaut des Textes wird erst nach der Ratifizierung veröffentlicht werden.

Offiziell wird das Abkommen von beiden Seiten als „Kleiner Handelsvertrag“ bezeichnet, da es keine Festlegung bestimmter Konzeptionsziele enthält, sondern beiden Kontrahenten nur die handelspolitische Weisheitsbegünstigung zueignet. Im Vergleich mit dem bisherigen vertraglichen Zustand bedeutet aber auch das schon einen gewissen Fortschritt. Weltweit aber seit dem Jahr 1925 in beiden Ländern spezielle Kampfzölle und restriktive Exportverbote für große Gruppen von Exportartikeln des anderen Landes. Alle diese Maßnahmen des Zollkrieges fallen mit dem Inkrafttreten des Handelsvertrages fort.

Vorüber hinaus erhält Polen bekanntlich ein Einfuhrkontingent für Rohle, welche volkswirtschaftliche Auswertung durch gewisse zinslose Abmachungen zwischen den beteiligten Produktionsunternehmen in beide Richtungen erfolgt wird. Bedeutliche private Investitionen in beiden Ländern seit längerer Zeit zwischen den Eisenindustrien beider Länder bezog.

Genaue Sicherungsmaßnahmen gelten auch für das deutsche Einfuhrkontingent, das in dem Vertrag für polnische Schmelze vereinbart wird. Diese sollen ausnahmslos über Grenz- und Zollschutzposten nach Deutschland eingeführt werden, wobei die beliebige weiterveräußerliche Weiterveräußerung gewährleistet wird. Während die polnische Zollverwaltung zu festem Abgang im Rahmen eines Kontingents auf dem deutschen Markt zugelassen wird, wird die vereinbarte Schmelzeenergie erst für deutsche Wirtschaftsgüter abgeben können. Dadurch wird zugleich eine Unterbrechung der deutschen Schmelzeenergie ausgeschlossen.

Die deutsche Autoindustrie wird andererseits entsprechend an dem polnischen Einfuhrkontingent, zum Beispiel für Automobile beteiligt. Den deutschen Großhändlern wird eine entgegenkommende Regelung der Frage der Ursprungsgüter ihrer Warenwirtschaft in das polnische Geschäft ermöglicht. Die deutschen Schiffahrtsunternehmen erhalten einen kontingentmäßigen Anteil am polnischen Aussondererrecht.

Gleichwohl wird auch das Niederlassungsrecht für Staatsangehörige beider Länder in einer Weise geregelt, die deutschen Firmen die Unterhaltung von Niederlassungen in Polen und die Anstellung von Hochsträften zur Bearbeitung des polnischen Marktes ermöglicht.

Margerie bleibt

Die Agentur „Jones“ demontiert es auch noch um verzeigte Pariser Gericht, daß der französische Ministerpräsident beabsichtigt, den Vorkäufer der Margerie von Berlin abzugeben und durch den Kammergeordneten Fennessy zu ersetzen.

Methoden auch nicht immer glatt und ohne Teilwechsell zum Ziele kommt, hat sich so eben erst im parlamentarischen Reichslande Frankreich gezeigt. Während in Deutschland die Mitglieder des Kabinetts und die Führer der Koalitionsparteien sich in nicht immer gerader Weise miteinander unterhielten, aber schließlich doch am selben Ziel blieben, hat Frankreich zum gerühmten und staatsgefährlichen Kabinettsstreifen durchgemacht. Was das, was in Berlin geschah, der schlechtere Weg, zum Ziele zu gelangen? Wir glauben, nein. Trotzdem war das deutsche Publikum von einer Eingebildeten, als ob es sich um ein profanes Drama handelte und nicht um innererwertliche wirtschaftliche Entscheidungen. Die zu Anfangs hielten und pfiffen, wie beim Geleit-Tage. Neuen, wenn die Führer nicht leicht im 50-Minuten-Tempo daherkommen. Einige riefen bereits: „Schluß mit dieser Mannschafft“, und andere warteten auf ein paar interessante Sätze. Gewiß war es nicht nur Sentimentalitäten; die gerechte Stimmung war eine Rückwirkung der vorjährigen Finanzpolitik mit allen ihren petnischen Folgen.

In die allgemeine Verwirrung mischte sich auch etwas persönliche Kritik. Dr. Wolkenbauer sah, als er nun der zweiten Hoager Konferenz zurückkam, viele aus der „Deutsche Ständen“. Nun sieht man, daß er doch nur — seien wir höflich — der „deutsche Charakter“ ist (mit dem er übrigens auch äußerlich eine merkwürdige Ähnlichkeit hat). Wolkenbauer ist kein Mann puritanischer Sturpsichtigkeit, sondern ein klassischer Fechter oder — vielleicht liegt hier der Vergleich ihm näher — ein gefestigter Turner. Er hat die, so jung er auch noch in diesem Beruf ist, als gewandter Schwannentänzer erwieben und hat, bis jetzt wenigstens, den höchsten Teil seines Vermögens unversehrt in die Klüftungswasser gebracht. Wenn die Steuervorlagen auch noch nicht im sicheren Hafen sind, so kann man doch annehmen, daß es nun dem Finanzminister gelingen wird, auch die letzten Klippen zu umschiffen.

Daß die mannigfaltigen Steuererweiterungen bei niemandem Behagen hervorgerufen werden, braucht man nicht besonders zu betonen. „Nur im ganzen kann man doch mit der Willigung zufrieden sein“. Entgegen dem vertriebenen Teil der gegenwärtigen Interessen, die in der Wirtschaft, im Parlament und in der Regierungskolonne vorhanden sind, hat man eine Lösung gefunden, die allen ein bißchen weh tut, aber keinen erschlägt. Die große Mehrheit der neuen Steuern, rund 400 Millionen Mark, sind der Form nach Verbrauchsabgaben, und alle bewährten Argumente, die sich gegen Konsumsteuern vorbringen lassen, gelten natürlich auch für das Wolkenbauerische Steuerpaket. Der eine wird die Befreiung des Grundstücksteuers — Raffens — und Zweite sind keine Finanzgäule, nicht Schuldlos — als ärger empfunden als die herkömmliche Befreiung der Automobilsteuer, der Initialkollektur wird sich darüber erheben, daß man ihm sein Mineralwasser ebenso fast verteuert wie den trinkfähigen Kaffee das Bier. Doch wird es die Aufgabe des Parlamentes sein, sehr genau